

Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer der Petition „Keine baulichen Verengungen in der Hauptstraße im Altort von Wendelstein“,

Hier ein kurzes, aber wichtiges Update zum aktuellen Sachstand. Der Text ist diesmal etwas länger geraten – aus meiner Sicht aber lohnenswert, vollständig zu lesen.

Rückblick auf die Gemeinderatssitzung vom 20.11.2025

Am vergangenen Donnerstag fand eine öffentliche Gemeinderatssitzung statt, in der unser Anliegen behandelt wurde. Wie angekündigt, wurde dem Bürgermeister die Unterschriftenliste übergeben:

871 Unterschriften, davon 56 von Nicht-Wendelsteinern, die formal nicht berücksichtigt werden konnten. Unter den Unterzeichnern war außerdem eine Liste mit 18 Unterschriften nahezu aller Gewerbetreibenden und Dienstleister an der Hauptstraße, die sich geschlossen gegen bauliche Verengungen ausgesprochen haben.

Beschlossene Maßnahmen

Der Gemeinderat fasste folgende Beschlüsse:

1. Testphase:
Verengung der Hauptstraße zwischen Enßerweg und Seitenstraße auf 3,50 m Restfahrbahnbreite (kein Begegnungsverkehr mehr möglich; laut Gutachter aber Pkw/Fahrrad möglich). Vorrang erhält der Verkehr aus dem Altort.
2. Testphase:
Verengung auf Höhe „ParkCentral“ auf 4,75 m Restfahrbahnbreite (Begegnungsverkehr Pkw/Pkw möglich, mehr nicht).
3. Ohne Testphase:
Verengung am Eck des Flaschners auf 4,75 m Restfahrbahnbreite (Begegnungsverkehr Pkw/Pkw möglich, mehr nicht).
4. Ohne Testphase:
Verengung vor Hauptstraße 29 („Art of Deco“) gegenüber Hotel zum Wenden, ebenfalls auf 4,75 m Restfahrbahnbreite (Begegnungsverkehr Pkw/Pkw möglich, mehr nicht).

Alle Verengungen gehen mit Gehwegverbreiterungen einher. Je nach Standort sollen die Gehwege auf 1,50 bis 2,00 m verbreitert werden.

Zur Diskussionskultur im Gemeinderat

In Gemeinderatssitzungen dürfen Bürgerinnen und Bürger nur zu Beginn Fragen stellen; während der späteren Beratung sind keine Zwischenfragen möglich, Beiträge sind gänzlich überhaupt nicht möglich. Die Möglichkeit zu Eingangsfragen wurde genutzt – darauf gehe ich weiter unten ein.

Die anschließende Debatte war jedoch ernüchternd. Die 817 gültigen Unterschriften fanden nahezu keinerlei Berücksichtigung. Weder der Bürgermeister noch große Teile des Gemeinderats zeigten Bereitschaft, diese deutliche Bürgermeinung in die Entscheidung einzubeziehen.

SPD- und Grünen-Fraktion sowie der Bürgermeister stimmten geschlossen für alle Maßnahmen. In der CSU gab es immerhin einzelne Gegenstimmen; drei Mitglieder hatten ihre Ablehnung bereits im Vorfeld angekündigt. Bei anderen Fraktionen kann das Abstimmungsverhalten aufgrund des schnellen Ablaufs nicht absolut gesichert wiedergegeben werden, so dass ich hierzu keine Aussage machen möchte.

Erschreckend ist, wie hier Politik gegen eine offensichtlich mehrheitliche Bürgermeinung gemacht wird.

In der Fragerunde zu Beginn wurde nach einer Beteiligung der Altort-Bewohner gefragt. Der Bürgermeister verwies erneut auf die Workshops von 2024 – an denen jedoch lediglich 21 Bürgerinnen und Bürger zuzüglich die Damen und Herren des Gemeinderates teilgenommen hatten. Dies nun als „Willen der Bürgerschaft“ zu interpretieren, ist aus meiner Sicht höchst fragwürdig.

Zum zugrunde liegenden Konzept (Push- und Pull-Ansatz)

Es wurde bestätigt, dass die Maßnahmen im Kern die ursprünglichen Planungen des Büros PLSV übernehmen. Kurz zusammengefasst:

- Push: Der Altort soll durch Verengungen und den daraus resultierenden Staus so unattraktiv gemacht werden, dass Autofahrer ihn meiden.
- Pull: Die Umfahrung über die Staatsstraßen 2239 und 2225 soll als schnellere Alternative dienen.

Auf Nachfrage wurde offen bestätigt, dass das Ziel sei, den Verkehr im Altort „zu vergrämen“.

Die größten Kritikpunkte

Hier der Kern der Bedenken:

1. Der Gutachter selbst rät von der Engstelle ab, hält aber eine Testphase für möglich.
2. Die Dauer der Testphase ist völlig offen – „mehrere Monate“. Will man etwa solange warten, bis sich das gewünschte Ergebnis einstellt?

3. Es wurden keinerlei Bewertungskriterien in der Vorlage angegeben, noch beschlossen. Ohne objektive Parameter wird am Ende nach subjektivem Empfinden entschieden – fachlich völlig inakzeptabel.
4. Rückmeldungen sollen nach der Testphase eingeholt werden von
 - Feuerwehr
 - Abfallwirtschaft
 - ÖPNV

Der Rettungsdienst wurde erst auf explizite Nachfrage erwähnt. Der Rettungsdienst war in der schriftlichen Gemeinderatsvorlage überhaupt nicht genannt. Das zeigt wieder einmal mehr, wie wenig man sich mit der Problematik insgesamt auseinander gesetzt hat.
5. Fehlende vorherige Auseinandersetzung mit dem Bereich Sicherheit (Feuerwehr und Rettungsdienst)

Auf Nachfrage zur sogenannten Hilfsfrist wurde bestätigt, dass dies vorab nicht geprüft wurde. Das bedeutet:

Die Sicherheit der Bürger soll im Testbetrieb beurteilt werden.

Ich kenne zwar nicht die Zahlen der Wendelsteiner Feuerwehr, kann aber aus meiner fast 24-jährigen beruflichen Erfahrung als Leiter einer bayerischen Berufsfeuerwehr sagen: Legt man Durchschnittswerte zugrunde, mit denen landauf und landab gerechnet wird, können manche Bereiche Wendelsteins heute gerade noch innerhalb der Hilfsfrist erreicht werden. Dies kann man errechnen. Jede zusätzliche Verzögerung – etwa durch Stau an Engstellen – kann dazu führen, dass die Frist für diese Bereiche nicht mehr eingehalten wird.

Beim Rettungsdienst gilt eine 80%-Erreichbarkeit. Sollen künstliche Engstellen wirklich das Risiko erhöhen, in die kritischen 20% zu rutschen?

Besonders im Berufsverkehr wird die Einspurigkeit unweigerlich zu Staus führen. Schon heute sieht man, wie es sich im Berufsverkehr an der schon vorhandenen Engstelle zurückstaut.

Wenn ein Rettungswagen in diesem Rückstau hängenbleibt, gehen wertvolle Sekunden oder gar Minuten verloren – und jeder, der schon einmal auf Hilfe gewartet hat, weiß, wie lang diese Zeit sein kann. Das Sicherheitsrisiko betrifft **alle** Bürgerinnen und Bürger, insbesondere jene, die auf Rettungsdienst oder Feuerwehr angewiesen sind. Die Engstellen werden „auf Biegen und Brechen“ durchgesetzt, ohne dass es vorher belastbare Prüfungen gegeben hätte. Man schaut erst hinterher, ob es passt oder auch nicht, einfach unglaublich.
6. Vorhandene Alternativen zu den bisherigen „schmalen“ Gehsteige wurden überhaupt nicht angesprochen, obwohl es welche gäbe.
7. Die Auswirkungen auf den Fahrradverkehr wurden überhaupt nicht angesprochen, es ging lediglich um Fußgänger und die „bösen“ Autofahrer. Als Fahrradfahrer im Stau zu stehen finde ich auch nicht unbedingt prickelnd.

Zum bisherigen Prozess

Man kann zwar argumentieren, es handle sich „nur“ um eine Testphase, aber ich gebe zu bedenken, dass in der ersten sich mit dem Thema befassten Gemeinderatssitzung 2024 betont wurde, es sei noch nichts entschieden. Dann folgte eine Informationsveranstaltung Anfang 2025, bei der ein „Dialog“ versprochen wurde – worauf wieder nichts geschah.

Nun soll es erneut „nur“ ein Test sein, während zwei Verengungen bereits endgültig beschlossen wurden. Das Vertrauen leidet zunehmend.

Bitte um verantwortungsvollen Umgang

Ich bitte Euch, diese Mail nicht in den sozialen Medien zu veröffentlichen. Die Argumente könnt ihr selbstverständlich verwenden.

Bei Fragen – insbesondere zum Thema Hilfsfrist – kann man mich jederzeit kontaktieren, ich habe in dieser Mail nur ein paar rudimentäre Infos dazu geschrieben:

christian.gussner@web.de

Ich selbst werde mich vorerst nicht an den Diskussionen in den sozialen Medien beteiligen, außer mir platzt endgültig der Kragen.

Sprecht stattdessen direkt die Gemeinderäte und den Bürgermeister an. Offensichtlich haben Rückmeldungen der „anderen Fraktion“ erheblich zum Meinungsbild und der jetzigen Entscheidung beigetragen.

Am Montag den 19.01.2026 ist im Mehrzweckraum der Wendelsteiner Gymnasiumhalle eine Bürgerversammlung für Wendelstein. Geht dort hin und tragt Euer Unverständnis oder Unmut vor.

Zum Schluss

Ich hätte noch weit mehr schreiben können. Schon heute ist absehbar, dass zahlreiche Verkehrsbeziehungen künftig nicht mehr funktionieren und es im Altort zu erheblichen Störungen kommen wird – besonders für uns Anwohner.

Die Teilnahme an der Gemeinderatssitzung hatte für mich immerhin einen Lerneffekt: Ich weiß jetzt, wen ich bei der nächsten Kommunalwahl nicht wählen werde.

Vielen Dank für Eure Unterstützung.